

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

180 (6.7.1924) 1. und 2. Blatt

der Reihe der Jugendveranstaltungen zu werden. Und das auch mit Recht. Dranzen im Wildpark, an der Grabener Allee, nur wenige Minuten von der Stadt entfernt, hat sich in aller Stille ein Zentralsportplatz der Deutschen Jugendkraft Karlsruhe gebildet, da verschiedene Jugendvereine dort ihre Blöße bekämpfen haben. Karlsruhe-Ost hat nun als erster Verein seinen Platz hergerichtet und freut sich des gelungenen Werkes. Auf diesem Sportplatz wird in Zukunft ein wichtiger Teil des Vereinslebens abspielen. Die harmonische Ausbildung auch des Leibes gehört ja mit zum großen Arbeitsprogramm der Bewegung, die sich die Heranbildung zum edel-katholischen Menschen zur Aufgabe gesetzt hat. Große turnerische und sportliche Wettkämpfe werden das Fest, das unter dem Protektorat des Herrn Staatspräsidenten steht, auszeichnen. Höhepunkte werden neben dem Festgottesdienst bilden der große Festzug am Nachmittag hinaus zum Sportplatz, dort Gemeindefest mit zahlreichen Uebertragungen für jung und alt und am Abend die Beleuchtung der Bernhardskirche, verbunden mit einer kleinen Feier im Freien. Der schlank, himmelanstrebende Kirchturm, das hervorragende katholische Bauwerk der Landeshauptstadt, soll im Sichtfeld weit über die Stadt hin die Kunde tragen: Die ewig junge Kirche hat sich die Herzen der Jugend gewonnen, und diese Jugend wird voranschreiten als Trägerin der Zukunft.

Karlsruhe.

Die Karlsruher Herbstwoche 1924.
 ist in ihrem Programm festgelegt. Diesmal beteiligen sich auch Durlach, Bruchsal und Ettlingen. Aus diesen Gründe und um der Bedeutung der Veranstaltung besser gerecht zu werden wird der Oberalte von einem anderen Namen einzuführen, etwa den einer Wadischen Woche oder einer Oberelbischen Woche. Ueber dieses und weitere Einzelheiten referierte am letzten Freitag abend Verkehrsleiter L. A. G. in einer Besprechung im Stadtratsgebäude, zu der Vertreter der beteiligten Organisationen recht zahlreich erschienen waren. Für die eigentliche Herbstwoche sind die Tage vom 21. bis 28. September vorgesehen. Am diesen Kern herum sind aber noch eine ganze Reihe von Veranstaltungen festgelegt, die sich auf die Bezirke der Kunst, Technik, Landwirtschaft, Spiel und Sport verteilen. Dazu kommen noch verschiedene Kongresse, die das Stadtbild beleben werden, so u. a. der Badische Gesellschaftstag mit Festzug durch die Straßen der Stadt nach der Festhalle vom 13.-15. September; Veranfaller ist der Diözesanverband der kath. Gesellschaften. Um der Herbstwoche einen künftigen Aufschwung zu geben, ist dieses Jahr neu in das Programm eingestellt ein feierlicher Eröffnungsgott am Sonntag, den 7. September, der entweder im ehemaligen Schloß oder im Rathausaal stattfinden soll.

Wie ernst es der Verkehrsverein mit dieser für Karlsruhe bedeutenden Herbstwoche meint, geht daraus hervor, daß bereits tausende von Mark für die Propaganda ausgegeben wurden. Bester Zweck soll außerdem das, wie es geplant ist, in 5000 Exemplaren zu verbreitende Werbeplakat dienen. Das Ausland, besonders Holland, wird auf die Herbstwoche aufmerksam gemacht werden. Es wird darauf zu hoffen sein, daß die Herbstwoche 1924 ein glänzenderes Bild zeigt als die in die schwersten Inflationswahren fallende Herbstwoche 1923.

Die Kruppische Vorführkommission in Karlsruhe. Auf die mehrfach zum Ausdruck gebrachten Witten vonseiten der Industrie und der städtischen Behörden hin hat sich die Firma Friedrich Krupp A. G., Essen, in dank-

bar Weise entschlossen, mit ihren modernen Kraftfahrzeugen für industrielle und besonders kommunale Zwecke eine Vorführfahrt durch Deutschland zu machen. Es ist dabei beabsichtigt, die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Fahrzeuge der Behörden, der Privatwirtschaft sowie dem Publikum in einprägsamer Weise vor Augen zu führen. Die Kolonne wird ganz Deutschland auf der Höhe durchqueren und am Sonntag, 6. Juni, abends, in Karlsruhe eintrifft, um am Montag, 7. Juli, ab 10 Uhr, im Hofe des Tiefbauamtes in der ehemaligen Dragonerkaserne, Kaiserstr. 12, ihre verschiedenen Fahrzeuge, sowie deren technischen Einrichtungen im Betriebe zu zeigen. Der Besuch der Vorführungen wird sicherlich sehr viel technisch Neues und Interessantes auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugbaus in seinen verschiedenen Spezialamendungsrichtungen, sowie auf dem der neuzeitlichen Strahleinteilung bringen.

Neue wichtige Bestimmungen über die Sonntagsfahrarten sind mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten. Hiernach ist die bisherige Erhebung eines Zuschlages von 50 Pfg. bei Weiterfahrt über die Zielstation der Sonntagsrückfahrkarte hinaus in Wegfall gekommen. 2. Sonntagsfahrarten können von jetzt ab wie andere Fahrarten telegraphisch vorbestellt werden. 3. Der Uebergang in höhere Klassen ist von jetzt ab gestattet. Bei Berechnung des Preises gelten die Sonntagsfahrarten als gewöhnliche Fahrarten.

Todesfall. Im 82. Lebensjahre ist an den Folgen eines Schlaganfalles Geh. Oberbauart a. D. Hermann Stolz gestorben. Aus Mühlheim stammend, war der Verstorbene 53 Jahre hindurch im badischen Staatsdienst tätig, und zwar zunächst im Konsulatsdienst in Brüssel und Straßburg und dann etwas über 20 Jahre in der Oberdirektion selbst. Als der Entschlafene im Jahre 1919 in den Ruhestand trat, schied mit ihm ein äußerst pflichtgetreuer und kenntnisreicher Beamter aus dem badischen Staatsdienst aus. Geistliche und bürgerliche Tätigkeit während der Jahre seines Ruhestandes und seines Lebensabend.

Wüste für stellenlose Angestellte. Noch immer liegt schwerer wirtschaftlicher Druck auf dem weitaus größten Teil des deutschen Volkes. Langsam, sehr langsam geht es in unserer Wirtschaft aufwärts. Traurig sind die Begleiterscheinungen dieser Lage! Tausende und Aber-tausende von Erwerbslosen sind vorhanden, darunter auch eine große Zahl von Angestellten. Kein beneidenswertes Los haben diese vom Schicksal Betroffenen zu tragen. Die staatlichen Unterstützungen reichen nicht aus, auch nur die allernotwendigsten Ausgaben zu bestreiten. Mitleid wird der erwerbslose Angestellte, wenn seine Bemühungen, eine Stelle zu erhalten, immer erfolglos sind! Auf die wenigen Zeitungsmomente, in welchen Kräfte gesucht werden, kann doch nur eingestuft werden! Nicht alle stellenlosen Angestellten werden damit rechnen können, eine Anstellung gerade an dem Ort zu finden, in dem sie sich zur Zeit aufhalten. Der Stellenmarkt anderer Städte und Gegenden Deutschlands steht ihnen aber kaum zur Verfügung! Zeitungen anderer größerer Blätter bekommen sie ebenfalls kaum zu Gesicht und kaufen kann man sie sich von der geringen Unterstützung nicht. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.), die größte Einheitsorganisation der Angestellten Deutschlands, hat es sich deshalb zur Aufgabe gestellt, hier vermittelnd einzugreifen. Der G. D. A. besitzt eine gut organisierte und über das ganze Reich verbreitete Stellenvermittlung für kaufmännische, Büro- und technische Angestellte beiderlei Geschlechts. Mittels dieser Stellenvermittlung ist es den stellenlosen Angestellten möglich, auch an den Arbeitsmarkt aller übrigen Städte Deutschlands heranzukommen.

Falsche Gerichte. Unter dieser Epithete schreibt uns die Landeszentrale des badischen Einzelhandels: Die Geschäftsfindung und die langsame Geldeingänge, nicht zuletzt auch die außerordentliche Kreditnot, haben es mit sich gebracht, daß da und dort eine Firma um Geschäftsaufsicht nachsuchen mußte. Ist dies an sich schon bedauerlich, so muß man sich direkt wundern, mit welcher Sorglosigkeit und Klatschsucht diese relativ wenigen

Kath. Jungmannschaft Mittelbadens.
 Sonntag, 13. Juli 1924, nachmittags 2 Uhr, auf ins Karlsruher Rathaus zum **Jugend- und Jungmännertag.**
 Hauptredner: Diözesanmissionar Barth, Karlsruhe.
 Die Bezirksleitungen der kathol. Jugend- und Jungmännervereine Karlsruhe, Bruchsal, Hardt, Kastatt, Murgtal.

Kathol. Männerverein der Oststadt.
 Mittwoch, den 9. Juli d. J., abends 8 1/2 Uhr, in der „Krone“, Ecke Georg-Friedrich- und Kintheimerstraße:
Monatsversammlung mit Lichtbildervortrag
 des H. S. Kaplan Reichgauer über Jugendpflege.
 Die Voranfragen sind freundlichst eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

Fälle von gewissen Riesmachern männlichen und weiblichen Geschlechts benutzt werden, um die mannigfaltigsten Gerichte von weiteren Infolenzen in die Welt zu setzen und selbst vor angelassenen, über jeden Zweifel erhabenen Firmen nicht halt zu machen. Der Riesmacher deutet entweder nur an, oder er fälscht die Namen unter dem Siegel strengster Disziplin, er hat das Geschäft übernommen, hat es von einem, der es selbst ergründet hat, aber er weiß es positiv und schreibt den Zweifeln mit einem Blick der Berachtung ob dessen Ungläubigkeit. Der ernste Kaufmann wird auf derartigen Gerüchte wenig geben und doch hat die Sache eine äußerst bedenkliche Seite. Die Gerichte werden weiter propagiert, sie wachsen zur Routine und sie bringen manches an sich gut gefüllte Haus in allgemeinen Mißtraut, ja selbst in größte Schwermutigkeiten. Eine Verletzung derartig unanständlicher Schwärze kann man sich nur dann verprechen, wenn einmal ein paar Verbreiter solcher unwürdigen Gerichte herausgegriffen und gerichtlich belangt werden. Die Landeszentrale des bad. Einzelhandels fordert ihre Mitglieder auf, rüchloslos durchzugreifen, damit weiterer Schaden im Interesse der Allgemeinheit verhindert wird. Die Zeiten sind auch genug, sie bedürfen keiner künstlichen Nachhilfe durch leistungsfähige Agenten und bösartigen Riesmacher. Zu hoffen wäre allerdings dringend, daß die geplante reichsweite Regelung der Verordnung über Geschäftsaufsicht rasch fertig vorangebracht wird, daß eine Veröffentlichung derjenigen Firmen, die unter Geschäftsaufsicht stehen, erfolgen kann. Damit wäre den Latrinengelehrten, wenn auch nicht völlige Abhilfe geschaffen, so doch wenigstens ein gewisser Damm entgegengeleitet.

Selbstmordversuch. Ein 33 Jahre alter beehrter Schuhmacher vom Stadtteil Müppur verfuhr am Freitag abend in der Wehrfeldstraße sich die Pulsader der linken Hand mit einem Rasiermesser zu öffnen. Der Lebensmüde wurde von Vorübergehenden aufgegriffen und nach der Polizeiwache gebracht, von wo aus er, nachdem die Wunde durch einen Arzt genäht war, nach Hause entlassen wurde. Der Grund zur Tat ist in möglichsten Details zu suchen.

Veranstaltungen.
 Der akademische Ski-Klub Karlsruhe gab letzter Tage seinen Mitgliedern einen Unterhaltungssabend, der durch die freundliche Mitwirkung hervorragender künstlerischer Kräfte an Interesse gewann. Nach zwei

von Herrn Ruppert vorgetragenen Klavierstücken, einem Improvisation von Schubert und der Ballettmusik aus „Kosamunde“ trug das Quartett der Herren B. Wagemann, Dr. Ihm, Dr. Dohle und Dr. Schmidt drei Sätze aus dem D-Dur-Streichquartett von Borodine in tönlicher, technisch sauberer Weise vor. Danach hörte man von den Damen Lutz, Braun und den Herren Bögele und Hoyer das spanische Liebespiel von Schubert in durchaus anerkannter, feiner Weise gefungen. Sämtliche Beiträge fanden berechtigten herzlichen und sehr lebhaften Beifall.

Die Bewertung des Dichters ist für alle unsere Hausfrauen eine überaus wichtige Frage. Wir möchten deshalb nicht veräumen, auf die kurze für gärtnerische Früchteverwertung hinzuweisen, die am 7. und 8. Juli im Handarbeitsaal der Debel-Markgrafenstraße stattfinden. Da die Teilnahmegebühr pro Person nur 1.50 Mk. beträgt, dürfte es wohl jeder Hausfrau möglich sein, daran teilzunehmen.

Karlsruher Landesbuch-Ausgabe.
 Todesfälle. 4. Juli: Gustav Hilberg, Chemiker, alt 48 Jahre; Adam Ehlig, Chemiker, alt 78 Jahre; Mina Müller, alt 84 Jahre, Ehefrau von Albert Müller, Bahnarbeiter; Karol. Kaiser, alt 45 Jahre, Ehefrau von Ernst Kaiser, Schreinermeister; Hermann Eitel, Chemiker, alt 87 Jahre, Oberbauart a. D., alt 81 Jahre. — 5. Juli: Elisabeth Schnepf, alt 87 Jahre, Witwe von Leopold Schnepf, Bahnarbeiter.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterzentrale Karlsruhe.
 Voraussichtliche Witterung für Sonntag, den 6. Juli: Vorübergehende Aufhellung, trocken und rasche Erwärmung. Montag wieder Gewitterregen.
 Wasserstände des Rheins am 5. Juli:
 Schwanstein 300, Keßl 400, Razau 590, Mannheim 519 Zentimeter.

Wanzolin Marke „A.S.“ das beste Wanzervergiftungsmittel; gewährleistet eine absolut sichere Brutvernichtung. Erhältlich in Flaschen von 50 Pfennig an.
 Chem. Fabrik der D. V. G. U. Anton Springer, Ettlingerstrasse 51, Telefon 2340.

Ämliche Anzeigen.
 Die Änderung des Ortsbauplans über das Gelände östlich der Ettlinger-, Schiller- und Gröningerstraße zu ändern durch Aufnahme einer Saalfläche östlich der Schillerstraße, Aufhebung einer Straßengrenze zwischen Goethe- und Bergbahnstraße und Änderung der Bauflächen bzw. Straßenschnitten an der östlichen und westlichen Ecke der Turmberg- und Schillerstraße, an der Ecke der Schiller- und Goethestraße, vor dem Grundstück Bg. Nr. 5945 und des Bauplatzes zwischen Bergbahn-, Turmberg-, Goethe- und Schillerstraße.
 Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis mit dem Anfügen, daß die Pläne innerhalb 2 Wochen von dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an auf dem Rathaus in Durlach zur Einsichtnahme offenliegen und etwaige Einwendungen während der gleichen Zeit vorzubringen oder auf dem Bezirksamt bei Ausschlußverfahren geltend zu machen sind.
 D. 3. 79
 Karlsruhe, den 4. Juli 1924.
 Bezirksamt Abt. II a.

Empfehlenswerte Firmen

Franz Fischer & Co., Weingrosshandlung
 Import Gröndet 1889 Karlsruhe Telefon 163 Export
 Spezialität - Sektweine: Alikante Manovra, Domaine des Sablons, Malaga, gold u. dunkel, Bordeaux u. Burgunder / Badische, Pfalz- und Rheinweine / Generaldepot Feist Sekt-Kellerei A.-G. Frankfurt

Backpulver, Edelpuddingpulver
 Der Name **Sinner**
 Sinner Bier - Liköre
 bürgt für unübertroffene Qualität

| | | | |
|--|--|--|--|
| Fels-Bier Karlsruhe. | Emil Kley, Erbprinzstr. 25 Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Garne, Schürzen, Trikots, Kinderartikel | Friedr. Hüstermayer Herrenstr. 45, I. Kohlenhandlung Kohlen - Koks Briketts - Brennholz | Adolf Stein Nachf. 235 Kaiserstr. 235 Spezialhaus für elegante Herren- und Jungfrauen-Sportbekleidung fertig und nach Mass. Telefon 1860. |
| Erstklassige Schuhwaren Alleinverkauf der bekannten Dr. Diehl-Stiefel und Fritz-Schuhe Ch. Bock Nachf. Karlsruhe, Kaiserstr. 52. | Delikatessen-Geschäft Carl Hager Nachf. Inh.: Hermann Gontner Kaiser-Friedrichstr. 22 Eingang Erbprinzstr. Lieferung frei ins Haus. Telefon 335. | Färberei D. Lasch Sophienstr. 22, Tel. 1939 Königsstr. 1 - Kaiserstr. 40 Königsstr. 79 - Marienstr. 79 Ludwig-Wilhelmstr. 18 Reinheitsstr. 25 Durlach: Hauptstr. 86. | Damenstaschen Herfstaschen Reisekoffer Kofferhaus Lämmle Kronenstr. 51. |
| Georg Mappes, Karlsruhe i. B. Pfaß-, Adler-Nähmaschinen, Triumpf-Schreibmaschinen, Fahrräder und Motorräder. Karl-Friedrichstr. 20. | Holz, Kohlen J. Finkelstein G. m. b. H. Büro: Fasanenstr. 6 - Lager: Schlachthofstr. Fernspr. 2875, 2876. | Rhein. Kohlen- und Brikett-Gesellschaft Mühlberger m. b. H. Amalienstr. 245 Telefon 250 und 245 | Tapetenhandlung Karl Wagner Kriegstr. 74 Telefon 1348. Ausführung sämtl. Materialarbeiten. |
| Hotel-Restaurant Bratwurstglocke a. alt. Bahnhof - Tel. 3231 Bes.: August Traut Out bürgerliches Haus Bäder, Klubs, angenehme Familienaufenthalte Fein bürgerliche Küche | K. Gössel Kriegstr. 97, Tel. 68 Baumaterialien-Geschäft Platten-Spezial-Geschäft Marmorwarenfabrikation etc. etc. | Georg Paul's Uhrgeschäft 33 Marienstr. 33 Taschenuhren, Wecker, Uhr- und Wand-u. Steindübeln, Gold- und Silberwaren, Gold-, Silber- und Schmuck, eigene Reparatur-Werkstätte. | Wo ist man gut u. preiswert? Im Landsknecht Zirkel 31 gut bürgerliches Speiseraustrant anerkannt vorzügliche Küche und Keller Inh. L. Weisenrieder Jana J. Küchmeister. |
| Gärtner W. Brohm Victoriastr. 5, Telefon 555. Kaiserstr. 154, Telefon 222. | Erstklassiger Damen- Erlersalon A. Hildenbrand Erbprinzstr. 31 Parfums-Färbstoffe Haarschmuck in Celluloid und Schildpatt. | L. Ph. Wilhelm Damenhüte. - Auktions Spezialhaus. - Kaiserstr. 205. Aparte Neuheiten für Reise, Sport, Promenade in Strah. Filz, Leder. - Echte Velours-entzück. Farben u. Formen. - NOBELLE - | Emil Roth Wildstr. 54 Schuhwaren Eigene Mass- u. Reparatur-Werkstätte |

Eisenbahner.
 Schöne, geräumige Drei-Zimmer-Wohnung, Scherle, gegen gleichzeitige zu tauschen geübt, mögliche Südkant. Gek. Angebot unter Nr. 778 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

!Divans!
 neue, gutgearb., v. 58 A an Adler, Schillerstr. 25.

Seirat
 bis zu 65 Jahre. Off. unt. Nr. 780 A. G. an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Räumungs-Verkauf
 zu bedeutend ermäßigten Preisen!
 Damen-Kleiderstoffe
 Herren-Anzugstoffe
 Seidenstoffe
 Baumwollstoffe

Carl Büchle
 Erbprinzenstr. 28, am Ludwigsplatz.

Flügel u. Pianinos
 von **Bechstein, Blüthner, Grotrian-Steinweg** sind Kunstwerke.
 Alleinige Vertretung:
Ludwig Schweisgut
 4 Erbprinzenstrasse 4.

Gaskoks-Preisabschlag!
 Wir berechnen ab 7. Juli 1924:
Nuss- und Stückkoks
 in hervorragender Qualität
 den Zentner zu Mk. 1.60 ab Werk
 " " " 1.75 frei Keller.
 Gaskoks ist für alle Heizwecke sehr geeignet; und zwar Nusskoks, zerkleinert und gesiebt, für Zimmeröfen, Kochherde, Bügelöfen usw. und in Körnung 40/60 mm für kleinere Zentralheizungen, Stückkoks für größere Zentralheizungen und sonstige Grossfeuerungen.
 Karlsruhe, den 5. Juli 1924.
 Städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsamt.

Gemüse, Salate,

Schwache Suppen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack mit einigen Tropfen

MAGGI Würze

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu 6m.5.- Unbegrenzt haltbar auch bei offener Flasche.



Zapi's Mostansatz
"Trocken"
gibt dem seit Jahrzehnten bewährten guten
Haustrunk.
Wer sicher gehen und keine Enttäuschungen erleben will, verlange diese Marke.
Nährmittelfabrik A. Zapi
Zell a. H. (Baden).

SAISON-RÄUMUNGS-VERKAUF

Wir verkaufen während dieses Sonderverkaufs **Qualitätswaren** zu bedeutend herabgesetzten, wirklich billigen Preisen

5 Schaufenster zeigen einen Teil meiner Angebote

CHRIST. OERTEL

Kaiserstr. 101-103
zwischen Kronen- u. Adlerstrasse
— Telefon 217 —

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers,
des hochw. Herrn Pfarrverweser
August Lehr
unseren herzlichsten Dank.
Besonderen Dank für die trostreichen Worte und aufernden Gebete der so zahlreich erschienenen hochw. Herren und allen denen, die ihn mit Blumen und Kranzspenden bedacht und die ihn zur Einssegnung und letzten Ruhe begleitet haben.
Tiefenbach, Mäggingen, 8. Juli 1924.
Karlsruhe,
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass unsere liebe gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Franziska Frik
geb. Dankinger
nach längerem Leiden im Alter von 51 Jahren sanft verschieden ist.
Karlsruhe, Ruppurrerstr. 94 II. Stock
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Beertragung Montag nachm. 1/2 2 Uhr von der Friedhofskapelle aus.

Saison-Ausverkauf
Der **Daniels Konfektionshaus** Wilhelmstr. 36
bietet in Bezug auf Preise und Qualität noch nie dagewesene Vorteile.
Keine Ladenspesen — Telefon 1846.

Beim Waschen
kommst Du leicht zum Ziel, nimmst Du nichts anderes als
Persil
Wer sich Persil zur Wasche hält, der spart Kohle, Zeit und Geld!

Wir sind von der Kriegstr. 180 nach der **Stefanienstraße 25** gegenüber der Münze verzoogen.
Wir haben unsere Sprichstunden jetzt wie folgt geändert:
Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag vorm. von 9-10 Uhr.
Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag nachm. von 3-5 Uhr.
Mittwoch und Samstag nur vormittag von 9-11 Uhr.
Dr. Ellsabeth Kahn-Walz, prakt. Aerztin.
Dr. Eduard Kahn, prakt. Arzt.

Griffenzen
Café-Restaurant
Weinwirtschaft
Wirtschaft für Metzger
Mehrere Hotels
Metzgerei, Bäckerei
Cigarrenhandlung
Kolonialwarenhandlg.
Landhondl. in Café
Pagerhaus ca. 1000 qm
Holz- und Kohlenhandlung
Fabriken 300-1000 qm
Fudelfabrik
Schuhwarenhandlung
Hornfabrik.

Landhäuser
und Villa bei Karlsruhe, neugebaut, 8 Zimmer, reichl. Zubehör, beschlagener Garten, 32 000. Anzahlung 15 000.
Gernsbach, 10 Zim. für Pension geeignet, gr. Gart., 26 000. Anz. 10-15 000.
a. d. Bergstraße, 9 Zim., Bad, Garten, 24 000. Anz. 16 000.
b. Säckingen, 5 Zim., Bad, Stallung, 14 Morgen Land, Markt 20 000.
b. Ansbach (Bay.), 5 Zim., 2 Morgen Land, Stallungen, 9000. Anzahlung 5000.
b. Karlsruhe, 3 Zim., Scheuer, Garten, 6000. Anzahlung 3000.
b. Achern, 3 Zim., Garten 5000. Anzahlung 2500.
Villa Herrenalb, 8 Zim., 25 000. Anzahlung 10 000.

Lauf
Wirtschaft bei Karlsruhe, mit Laden, soll veranlagt werden geg. Privathaus, Landhaus oder ländliche Grundstücke.
M. Busam, Karlsruhe, Gerrenstraße 38.

Alleinmädchen, 25-30 Jahre, alt, ehrlich und zuverlässig, das selbstständig arbeiten und soviel kann, wird für 1. Juni in kleinen Haushalt nach Karlsruhe gesucht. Bekanntschaft vorhanden. Angebote unter Nr. 728 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
In der Ordensgenossenschaft der barmherzigen Franziskanerbrüder zu Waldbrunnbach b. Coblenz finden brave Jungfrauen aller Stände und Berufe, die d. lieb. Gott ganz angehören wollen, jederselbst liebevolle Aufnahme.
Die Quantität der Brüder beläuft in Berlin d. christl. Caritas, d. im In- u. Auslande innerhalb 9 Bistümern vordringt werden. Anmeldungen wollen man richten an den Generaloberen zu St. Josefshaus zu Waldbrunnbach.

Saison-Ausverkauf
Wir haben unsere Preise ganz bedeutend ermässigt und bieten als besonders günstig nur la Qualitäten an:

| | | |
|---|------|------|
| Damast 130 cm breit, weiss | 2.30 | 1.80 |
| Damast 130 cm breit, echt bordeaux | 3.20 | 2.80 |
| Halbleinen 160 cm breit | 3.50 | 2.80 |
| Halbleinen 80 cm | 2.00 | 1.80 |
| Stuhltuch 160 cm | 2.50 | 2.00 |
| Handtücher weiss, und weiss mit farb. Kante | 0.80 | 0.70 |
| Frottier-Handtücher 50/100 cm | 2.40 | 1.90 |
| Bettbarchent 130 cm, türkisch rot | 3.20 | 2.50 |
| Bettbarchent 80 cm | 2.00 | 1.50 |
| Matratzendrell 130 cm gebunt und gestreift | 3.60 | 2.40 |
| Hemdentuch (Küßlinger) | 1.05 | 0.90 |
| Voll-Voile 115 cm weiss und farbig | 2.50 | 2.30 |
| Herrenstoffe wunderbare Qualitäten, reine Wolle | 9.50 | 7.50 |

Damen-Kleiderstoffe in allen Arten besonders preiswert
Tischwäsche für Hotels und Privat grosse Auswahl.
Gebrüder Strauss
Steinstrasse 23^{II}, am Lidellplatz.

Baugeschäft Josef Held, Karlsruhe
Südendstrasse 24 — Telefon 560
empfiehlt sich in Ausführung von
Neu- u. Umbauten in Maurer-, Beton-, Eisenbetonarbeiten, Kanalisationen - Entwässerungen - Reparaturen
Zimmerarbeiten, Treppenbau, Holzhandlung, Baumaterialienhandlung.
Ich bin in der Lage schlüsselfertige Wohnhäuser und Industriebauten in sorder Friedensbauweise zu übernehmen, die wirtschaftlich besser sind und nicht teurer kommen wie die angepriesenen Ersatz- und Sparbauten.

Ein Besuch der
Sonder-Ausstellung
vom Badischen Handwerk gefertigter
Baubund-Möbel
am
Rondellplatz
bietet jedem durch reiche Auswahl
Kaufanregung ohne Kaufzwang
Eintritt frei.
— Geöffnet: 1/29-12 Uhr und 2-8 1/2 Uhr. —

Kath. Jugendverein Karlsruhe-Di. Stadt
Wir laden die katholische Oststadtgemeinde, sowie die Katholiken von ganz Karlsruhe ein, mit uns am
Sonntag, den 20. Juli 1924
unser
20. Stiftungsfest
verbunden mit
Einweihung unseres Turn- und Spielplatzes
festlich zu begehen.
Festgottesdienst, Promenadekonzert, Festzug, Gemeindefest auf dem Platz (an der Friedrichstaler Allee) mit Turnen, Spiel, Volksbelustigung und Preisverteilung; am Abend Lampenzug und bengalische Beleuchtung der St. Bernhardskirche werden dem Fest einen würdigen Rahmen geben.
Protector und Ehrenausschuss, Präses und Ausschuss.

Etwas ganz Besonderes
bietet mein
Saison-Ausverkauf!!
S. Rosenbusch
Spezialhaus für Damenhüte
Kaiserstrasse 137, am Marktplatz.

Liederhalle Karlsruhe.
Kinderfest.
Singprobe
Mittwoch, 9. Juli 1924, abends 7 1/2 Uhr, im Röhrenraden für Knaben 6-9 Jahre und Mädchen 6-14 Jahre
Reigenprobe
7 1/2 Uhr anschließend für Knaben 6-8 Jahre und Mädchen 6-14 Jahre.
Liederhalle Kinder erscheint alle pünktlich.

Sonntag, 12. Juli 1924, abends 8 Uhr im grossen Festhallsaal
Ball
mit besonderen Aufführungen der Tanzschule Olga Leger-Mertens.
Eintritt: Mitglieder Mk. 1.—, Nichtmitglieder Mk. 3.—, Studierende die Hälfte, dazu je noch Steuer und Einlassgebühr.
Kartenverkauf: für Mitglieder nächsten Montag und Donnerstag, je abends 1/29 bis 1/29 Uhr im Probessal Löwenrachen, für Nichtmitglieder ab Dienstag, 8. ds. in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstrasse.

Druckarbeiten
Jeder Art liefert rasch und billig
BuddruckereiBadenia

Solbad Laufenburg
Sol- u. Kohlensäure-Solbäder. — Grosser Heilerfolg. — Gemusstes Klima. — Kurarzt Pensionspreis Frs. 7-9.—. — Man verlange Prospekte. — Direktion: G. HURT.

NAGOLD (Schwarzwald): Gasthof u. Pension z. Löwen
Erholungsbedürftige finden gute Verpflegung bei angenehmem Aufenthalt. Bei Anfragen erbitte Rückporto. Franz Kurtenbauer.

Zur Priest
Ein
Die Sonne
Es blüht dort
Es reifen
Und die Vögel
Wie die Herzen
Dah komme
O heilig Ant
Zu helfen, zu
Zu führen
Derz-freudigen
Went treu und
Gott schenkt
Er führe Euch
Zu feiern tagtä
Gedenket a
Münster i. B.

Beiß und weis
da. Alle die alt
Fenster hatten
wandelt; die Ger
voller Rosenbüsch
rifer Gadenblü
Die versägenen
ladten geheimnis
Traum.
Es war eine
Finnen; glücklich
nicht. Und darun
Welchen hin und
fei sie nicht einu
lustig, sondern alt
war der Apothete
schwarzte, das ma
besonders biden
Töchter und sein
seine älteste, lang
wie wie ein Echo
langsam folgte.
allor Provisor in
bis einer, der stän
den Stuhl endlich
Liebe heiraten ton
Ghe geborene, wo
ih war kraftvoll
jaunen, Born u
feunlicher Ergebu

Etwas ganz Besonderes
nicht schlafen. D
dinen auf den W
Frisch Binebrint
hatte, so lange, h
ihre Leben lang fo
sollten. Ach, es n
einmal allerhand
leicht hätte ihr
woher all das Sch
wurde über Fris
in Eimern vom W
Es schwirte in
büchse Mittags-
Man konnte es
Nun sah der
Nahr auf der Lan
in der wärmereu
und Billen und W
Apothete zu voll
groben und biffig
dem besten Wege
ihm bis dahin an
nicht auf der Post
wo Raq und Mad
die großen Postm
führen, und ein e
die Wäpde heldb
häßliche, plumpe
molte — und wo
meiden Bienenflo
luffig und beneht,
in dem nicht leid
wohlbewachte Apo

Fine Oberbüsch
mer nicht mehr
gründemalten Lei
doch nicht früher
flüchtig an und
wohlthat! Man
geben! Wobon
war stille Zeit in
die Wäpde konnte
Hiden und Stric
kraft, die nach Zel
Wenn sie einmal
känftlich und erg
schlafen!
Denken ging
Lichte. Einmal, g
Bege nicht an der
gegenüber von F
lange. Dann schü
die sie so gut kan
Strene. Ganz des
die Straße, die d
hinanf, hinunter.
Wochte er! W
Fenster gefeuft!
gerufen hatte, ver
immer ging es
Kirche traf, wenn
wege zwei, dreim
Sie drückte sich fe
„Fine!“
Was fiel dem
höbar, hatte Fr
schien es, als hat
und alle Nachbor
allen, obgleich ma
Nachtschle gen.
Ich warf Fris
Wimbaum zu erle
und es dauerte nie
gegenüber, nur die
lichtes getrennt.
„Fine!“
Fine Oberbüsch
es nicht hindern.

ostansatz
cken"
Jahreszeiten
ten guten
trunk.
ehen und keine
erleben will.
diese Marke.
rik A. Zapf
H. (Baden).

JF
1-103
erstrasse
17

oststadt
sowie die
24
est
latzes
ndefest auf
urnen, Spiel,
Lampionzug
rche werden
n.
uss.

eres
f!!
sch
üte
rktplatz.

abends 8 Uhr
allesaal
1 =

gen der Tanz-
terens.
1 - Nicht-
aderende die
er und Einlass-

eder nächsten
so abends 1/8
Löwenkasten.
ienstag, 8. ds.
g Fritz Müller.

Baden, - Gross-
Klima. - Kurort.
. - Man verlange
ion: G. HURT.

ension z. Löwen
weben Burendt
Kurienbauer.

Blätter für den Familientisch

Zur Priesterweihe in St. Peter.

Ein Gruß aus Westfalenland.
Die Sonne verliert heut des Schwarzwalds Schön.

Die Revision.

Novellette von Franziska Br a m.
Weiß und weit lag das stille Land im Vollmondschein.

Es war eine Nacht, in der junge Leute nicht schlafen
könnten, glücklich Verheiratete nicht und unglückliche erst recht

Darum konnte Fine Ellerbusch auch in jener Nacht
nicht schlafen. Der Mond lugte durch die dünnen Gardinen

Nun sah der Mond bei nicht mehr wie im vorigen
Jahre auf der Rattenbank neben der Haustür sitzen, wo

Fine Ellerbusch konnte die Schwüle in ihrem Zimmer
nicht mehr ertragen. Sie hatte vorhin schon die grünemalten

Wachte er? Wieviel hatte er auch so unter anderen
Fenstern geklopft! Fines Herz, das nach dem Fenstern

Fine Ellerbusch hatte sich die Ohren zu. Sie konnte
es nicht hindern, daß der Vorhang zitterte.

Fritz Winnebrint stieg einen kurzen Anmutspuff aus
und flüchtete wieder hinab. Dann verlang sein Schritt

Jetzt bog der Wagen um die Ecke. Der Schwager
mußte ein schönes Zirkelstück erwarten, denn sonst blies

Fine Ellerbusch schaute bereits wieder hinaus. Es
sahen ihr, als ob ein Gesicht unten aus dem Fenster her-

„Was hast du?“ rief sie gedämpft hinunter. „Ein
Rezept?“

„Der Mann hätte erkannt heraus. Es war der alte
Klaus, das Faktotum der Pforte.“

„Ja, Sie sind ja auch in halben Apotheker!“

„Na, kommt herein, Klaus! Laßt sehen...“

„O ja, gewiß,“ sagte Fine, indem sie sich sammelte und
in ihrem Kopfe im Augenblick sämtliche Rettungsanker

„Danke Ihnen!“ antwortete der Alte, setzte das Kissen
ab und schaute nach unten.

„Hier ist Euer Häfchen, Klaus. Nun bringt's schnell
und vorständig heim. Ihr werdet auch froh sein, wenn

„Ne Fize, ne Fize!“ murmelte er bewundernd.
„Schade, schade! Ich glaub', unferer alten Madam tut's

„Vater!“

Das Schrecken ließ ein Augenblick nach und lehnte
dann mit verdoppelter Stärke wieder. Fine mußte erst

„Was ist... los, Fine?“ stotterte er. „Ein Rezept?
Jemand da?“

„Kein Rezept. Aber's ist schon jemand da: Apotheker
Morbach ist eben mit dem Medizinalrat mit der Post ge-

„Fine erhob sich. „Der Fritz ist doch kein Apotheker,
der ein Amtsgeheimnis zu bewahren hätte“, entgegnete

„Ja, das wird er wohl. Ansonst hast du ihm nicht
neulich das schöne Gedicht gewidmet. Wie fing es doch

„Ein alter Mann, der genug hat, sollte sich nicht mehr
mit Sachen herumhängen, von denen er nur Aerger und

„Nun, wenn's nur für deine Kinder ist, so laß es.
Denn, wie's jetzt bei uns geht, hast du bald keine Kinder

„Ja, ja, ich fühle es auch, ich kann solche Aufregungen
nicht mehr aushalten. Albert soll das Gedicht haben...“

„Nun, so ist's gut. Weide ruhig im Bette, wir
schöpfen's auch schon allein. Ich komme dann herauf, dich

„Hier ist Euer Häfchen, Klaus. Nun bringt's schnell
und vorständig heim. Ihr werdet auch froh sein, wenn

„Morgen nacht schlafen wir wie die Däbche, Margret.
Du hast dir ein neues Kleid herbeigekauft, und ich...“

„Hier ist Euer Häfchen, Klaus. Nun bringt's schnell
und vorständig heim. Ihr werdet auch froh sein, wenn

„Morgen nacht schlafen wir wie die Däbche, Margret.
Du hast dir ein neues Kleid herbeigekauft, und ich...“

„Hier ist Euer Häfchen, Klaus. Nun bringt's schnell
und vorständig heim. Ihr werdet auch froh sein, wenn

„Hier ist Euer Häfchen, Klaus. Nun bringt's schnell
und vorständig heim. Ihr werdet auch froh sein, wenn

Sein Blick streifte schalkhaft über Fine Ellerbusch.
„Fräulein Fine, die der gute Genius des Hauses und

„Gewiß,“ entgegnete Fine. „Besonders, da es die
letzte Revision ist, die Vater und ich mitmachen. Gerade

„Darf ich die Herren denn jetzt bitten? Nun, Herr
Morbach?“

„Apotheker Ellerbusch kam ihm an der Schwelle entgegen.
„Na denn, keine Feindschaft nicht mehr“, sagte er gut-

„Apotheker Ellerbusch schien ein ganz anderer gemorden
zu sein: heiter, gaisfrei, mäßig; man konnte ihn garnicht

„Allo fröhe Feiertage, Fräulein Fine! Und da fällt
mir ein, Sie halten ja den Brief an Ihren Herrn Bruder

„Goffentlich etwas Angenehmes!“

„Ich hoffe es auch... eine Revision meiner eigenen
Angelegenheiten.“

„Aber davon wußten die Schulkameraden des Fritz
Bedmann nichts, daß er frühmorgens, wenn sie alle noch

„Verge Jahre hindurch schleppten die Müllerschen
Eheleute die Schmach nach der See mit sich herum.“

Dr. Stoffenlofen galt als der tüchtigste Arzt im
weiten Umkreis. Selbst von den benachbarten Städten kam

„Und doch verjah Dr. Stoffenlofen seinen Beruf im
Herzen mit Anlust, träumte seine freie Zeit von der

„Und sie lernten sich bald lieben und gar nicht lange
darauf gar hassen. Eines kam ohne das andere aus

Auflösung des Buchstabenrätsels in Nr. 173: Hammer,
Gummi.
Berantwortlicher Schriftleiter: Dr. H. A. Beraet.

Der Vatikan und das Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember 1916.

(Zur Klarstellung.)

In der München-Münchener Abendzeitung Nr. 75 vom 16. März 1924 gibt Pastor Traub über die Stellung des St. Stuhles zum Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 folgende Darstellung:

Warum redet eigentlich kein Mensch mehr davon, wie sich der Vatikan gegenüber dem klaren Friedensangebot der Mittelmächte verhalten hat? Mit Spannung wartete damals die gesamte Zentrums- und die gesamte deutsche Presse, von der Germania an gerechnet, auf das, was „in den kommenden Tagen in der Hauptstadt der Christenheit geschehen würde“. Und was geschah? Es geschah nicht nur nichts für die Mittelmächte, die den Frieden anboten, sondern der St. Stuhl übermittelte nach der Mitteilung der katholischen Kölnischen Volkszeitung (12. Januar 1917) sogar „dem Klerus der neutralen Staaten den Ausdruck seines lebhaften Wunsches, sich jeglicher Erörterung über die Friedensvorschläge der Mittelmächte zu enthalten.“ Ganz offen wies damals die katholische Kölnische Volkszeitung den Vatikan in seine Schranken zurück und erklärte unter dem 17. Febr.: „Die Aufgabe des Papstes ist religiöser Art und hat direkt nichts zu tun mit den Sündeln dieser Welt“, und behauptete lebhaft, daß „dem Papst von Seiten der Entente keine Stellung außerordentlich erspart werde.“

Pastor Traub hat aus der ersten Säemann-Broschüre „Papst, Kurie und Weltkrieg“, Berlin 1918, Abschnitt IV, geschöpft. Da dieser Abschnitt nun schon seit Jahren in fast regelmäßigen Zeitabständen Stoff zur Anklage gegen Benedikt XV. liefern muß, dürfte die folgende Klarstellung am Platze sein.

Um eines gleich vorwegzunehmen: die angeführte Mitteilung aus der Kölnischen Volkszeitung findet sich dort nicht unter dem 12. Januar, wie Pastor Traub mißverständlich aus der Säemann-Broschüre S. 98 herausgeholt hat, sondern in der Nr. 32 vom 13. Januar. Sie lautet: „Aus der Schweiz, 12. Jan. 1917. Nach der Idee Razonale hat der St. Stuhl dem Klerus der neutralen Länder den Ausdruck seines lebhaftesten Wunsches übermitteln, sich jeglicher Erörterung über die Friedensvorschläge der Mittelmächte zu enthalten, um nicht den Glauben zu erwecken, der Vatikan übernehme vermittels des Klerus eine Propaganda lediglich zugunsten des einen kriegführenden Teiles und um zu verhindern, daß die Meinungen und die Urteile einzelner als Ausdruck autorisierter Erklärungen gelten.“

Die Kölnische Volkszeitung veröffentlichte diese Notiz unter Vorbehalt ihrer Befragung. Daran tat sie gut, denn jene Notiz war eine reine Erfindung der Idee Razonale. — Der Artikel in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 133 vom 17. Februar 1917 hat mit der ganzen Sache nichts zu tun.

Nun aber zum Friedensangebot der Mittelmächte Es ging dem St. Stuhl mit besonderen sachlich vollkommen übereinstimmenden Noten aus Berlin und Wien zu, in denen der St. Stuhl ersucht wurde, der Friedensinitiative des Vierbundes seine wertvolle Unterstützung zu leisten. (Die Darstellung des Säemann-Deutschens S. 91, wonach die österreichische Regierung weiter gegangen wäre als die deutsche und den Papst gebeten hätte, selbst die Initiative zu ergreifen, ist irrig. Der Text der österreichischen Note, der dem Verfasser der Broschüre vorlag und den er S. 90 f. abgedruckt hat, ist an verschiedenen Stellen ungenau und im vorletzten entscheidenden Satz verfälst.) Wie hat der St. Stuhl die Einladung erwidert?

Der Osservatore Romano brachte am 14. Dezember die Noten. Am 18. kam er nochmals kurz darauf zu sprechen mit folgenden Worten:

„In der Presse, die ernst genommen werden darf, herrscht ausnahmslos Einmütigkeit darüber, daß es vernünftig und anständig ist, die allgemeinen Vorschläge für den Frieden, die Deutschland, Österreich und ihre Verbündeten gemacht haben, nicht von vornherein zurückzuweisen, wohl aber die vorschlagenden Mächte aufzufordern, die Grundlage, auf der die etwaigen Friedensverhandlungen erfolgen sollten, näher zu umschreiben.“

Der Stiefbach.

(9) Erzählung von Clara Philipp.

Nach dem Frühstück trat Margaret hinaus in das durchsonnte Freie. Noch war hier oben der Sommer nicht unbestränkter Herr. Der Winter hatte noch nicht völlig sein Gebiet aufgegeben, sondern hielt noch ganze Hänge mit seinen Schneefahnen besetzt.

Aber die Sonne zehrte daran mit ihrer vollen Mittagsmilde. Bis zu den verharzten Krusten hin hatte sie junges Leben hervorgezaubert. Nicht an den grauen Wäldern sprossen kleine weiße Sotranblüten hervor; die Matten glänzten an Frangegrün, Männlichen und Rauberhorn glommen rot durch den garten Sommerdunst. Und die Gletscher bläulerten stolz mit ihrem Keusdnee. Farbenfroh, aber seltsam unförplich ragten sie über dem Landschaftsbild. Alles war Helle, Licht und Glanz, selbst die Schatten schienen nur dem Dienst dieses Lichtüberflusses geweiht.

Margaret schritt beschaulich durch das kurze Gras der Bergweiden. Ihr Körper reichte sich wohligh, tief lag sie die dünne, reine Bergluft ein. Zu ihren Füßen breitete sich aus wie ein Teppich, von Kiefernhand gewoben und mit funkelnden Diamanten besetzt; eine wunderbare Blütenwelt. Lauter zierliche Formen, so als ob die Natur sich an solcher Kleinheit hätte holen wollen von dem Gigantentum des Berggürtels. Sie bog sich nieder zu den goldenen Herzchen und hauchte ihr leises Bgmildduft entgegen. Während, wie vertrauens-

voller Forderungen, blickten die blauen Enzianen zu ihr auf. Ihr Hochamt glitt streichelnd über ganze Nasen von violettananten edlen Alpenveilchen. Und in das fast grüne Blau der großen Bergvergessmännchen mischte sich zierliche Primeln ihr fröhliches Anamant. Jedes kleine Wasserlein oder wurde umhüllt von den lustigen gelben Dotterblumen und Schneefüssen. Und ein Summen und Surren schwirte über den Wäldern hin. Ungehörbare Bienenleier erteten um süße Tracht, würdevolle Hummeln im Welsch brummen neidisch die harmlosen Blaulinge an, die hier als arbeitscheue Genießer nur schwebelten, ohne in die Sphäre zu sammeln.

Margaret setzte sich auf einen sonnbeglänzten Block, den die Gletschermäler blank geschliffen hatten. Käsig die Hände im Schoß gefaltet, schaute sie in Nähe und Ferne. Langsam wuchs der Morgen zum Mittag. Die Zeit, auf der Höhe ihres Tageslaufs angekommen, schenken nun einen Augenblick dem Atem anzuhalten, ehe sie sich zum Aufstieg in das Tal der Finsternis entschloß. Und damit kam's über alles Leben wie ein gauerhohes Stillwerden. Kein Rauch regte sich. Keine zitternde nur schwebte die sonndurchglühende Luft. Kein Gräserchen bog sich, es war, als seien selbst Bienen und Schmetterlinge eingeschlafen. Mittagschweigen! Unbewegt schenken die leblose Natur. Das Auge sah die Berggipfel nur als reglose Silberstreifen an die Berggänge gezeichnet. Der Staubhauch oder Rauberbrunnen hing vom Felsen wie ein schweres Prallstild. Laut und Bewegung des Fallens verlor sich die Entfernung.

Und unter dem mächtigen Zauber dieser Mittagsstille brach der Bann, der Margarets Augen mit sei allerdings nicht die Verleihung des Ehrendoktors an hochbedeutende Persönlichkeiten gemeint, die durch ihre wirtschaftlichen Unternehmungen in praktischer Weise die Wissenschaft weitgehend gefördert hätten. Was den Personal-Abbau bei den Hochschulen betrifft, so hat sich gezeigt, daß dieser Abbau keine Ersparnisse bringen könnte, schon deshalb nicht, weil einzelne Universitätsprofessoren, für die ein Nachfolger von gleichwertiger Wissenschaftlichkeit noch nicht gefunden werden konnte, gebeten werden mußten, einzuweichen noch im Amte zu bleiben. Ueber die Altersgrenze war der Ausschuss geteilter Meinung. Während die einen das 65. Lebensjahr festhalten wollten, war ein Redner des Zentrums der Meinung, daß die Altersgrenze bis zum 68. Jahre hinaufgehoben sei. Doch folgte die Regierung die Freiheit haben, Kapazitäten auch noch weiterhin zu belassen. Ein Redner des Zentrums behauptete ausdrücklich, daß man Herrn Prof. Geyer hätte gehen lassen, für den nun kein Ersatz da sei. Sein Kolleg sei stark befristet gewesen, und es bedeuete einen Verlust für die Wissenschaft, daß die große Philosophie des Mittelalters nun keinen Vertreter mehr habe. Weiter sprach der Redner auf die Frage der Regierung zu sprechen, daß der Nachwuchs fehle für einen Lehrauftrag in mittelalterlicher Geschichte. Das habe seinen Grund eben darin, daß seit Jahrzehnten in Baden kein praktischer Katholik in der akademischen Laufbahn irgendwelche Ausichten gehabt hätte. Der Minister behauptete ebenfalls das Begehren Geyers; er habe ihm jedoch nicht zumuten wollen, die Vertiefung nach München, das anerkanntermaßen den ersten Rufplatz dieser Art in Deutschland habe, aufzugeben. Nach seiner Ansicht liege die Ursache des Fehlens eines geeigneten Nachwuchses nicht im System der Regierung. Demgegenüber betonte ein anderer Redner des Zentrums, er rate heute noch jungen Mediziner mit effizienten Kenntnissen ab, die Universitätsaufgabe zu beginnen, da es in Baden kaum möglich sei, als Katholik in der medizinischen Fakultät anzukommen. Als bei den Fakultäten selbst. Das Zentrum setzte sich weiterhin für verschiedene Dozenten ein, deren Dienstentlassung oder Zurücksetzung eine ungerechtfertigte Härte bedeute. Dann fragte ein Zentrumsredner an, wie weit man schon die Nachfolge in der juristischen Fakultät in Heidelberg vorbereitet habe, wo durch den Tod Endemanns und Reubers zwei Lehrstühle freigemorden seien, deren Befüllung größter Sorgfalt bedürfe. Dann kam der Redner auf die Einstellung der Bibliothekare an den Universitätsbibliotheken zu sprechen. Er hob hervor, welche hohe Anforderungen an die Wissenschaftlichkeit dieser akademischen Kräfte gestellt würden, die in vielen Fächern und in der gesamten Literatur befragen sein müßten, um den Bedürfnissen einer Universitätsbibliothek zu genügen. Diese Beamten seien zum Teil noch in höherem Alter in Klasse X und fänden also hinter allen anderen Akademikern weit zurück. Die Regierung erklarte durchwegs diese Klage als berechtigt und erklärte, im Augenblick sei eine Änderung nicht möglich, man werde aber bei nächster Gelegenheit dem vorgebrachten Wunsch entsprechen. Der Regierungsvertreter soll in Heidelberg höchstes Lob bezüglich ihres Organisationsstandes und ihrer sorgfältigen Wirtschaftsführung.

Auch die Honorarfrage, Kollegelöhner, Institutsgebühren, Ertraggeber und Kassenbeiträge der Studenten wurden von einem Zentrumsredner zur Sprache gebracht, und die Regierung wurde ersucht im Interesse weiter Kreise so viel als möglich von Ermäßigungen und Nachlässen Gebrauch zu machen. Der Regierungsvertreter gab an, daß etwa ein Drittel der Studentenschaft um Befreiung nachgesucht habe und etwa 16-17 Prozent Ermäßigungen oder völligen Nachlass erhalten. In Baden seien auch die Studenten in durchaus sachlicher Weise wegen dieser Verzügigungen vorstellig geworden.

Auf wiederholtes energisches Drängen bei der Regierung stellte sich heraus, daß die Klage der Hilfsassistenten, sie hätten von den durch den Landtag ausdrücklich für sie genehmigten Überzinsen nicht das Entsprichende erhalten, insofern berechtigt war, als namentlich in der Chirurgischen Klinik in Freiburg von der Erlaubnis der Regierung, einen etwa verbleibenden Rest für sachlichen Bedarf der Institute zu verwenden, zum Schaden der Hilfsassistenten allzu weitgehender Gebrauch gemacht wurde. Ja, in einem Fall waren sogar von den Hilfsassistentenverwendungen an eine vom Ministerium nicht genehmigte Schreibhilfe (Laborantin) gemacht worden. Der Redner des Zentrums rügte dieses Vorgehen nachdrücklich und behauptete, daß die Regierung einer anderweitigen Verwendung der Gelder die Wege gebahnt hätte, da diese Überzinsen allein zur Bänderung der damals außerordentlich drückenden Notlage der Hilfsassistenten bestimmt gewesen seien. Der Regierungsvertreter bestritt diese Dinge als „Quisquillie“, was von Zentrumsseite entschieden zurückgewiesen wird. Auch sprach man vom „primadonnenhaften“ Charakter mancher Hochschulpfessoren, was einiges Lächeln auslöste.

Von dem gleichen Redner wurde eine weiterreichende Berücksichtigung geborener bedürftiger Staatsangehöriger bei Besetzung von Medizinalpraktikanten, Hilfs- und Vorkassistenten verlangt. Die Regierung sagt dies zu und erklärt sich bereit, eine Statistik vorzulegen über den derzeitigen Prozentsatz der geborenen Badener in diesen Stellen.

Eine entsprechende Einstellung der Laborantin, ebenfalls vom Zentrum der Regierung empfohlen, mit der Begründung, daß die Arbeit der Laborantin durchaus als wissenschaftliche Hilfsarbeit zu werten sei und deshalb die Einstellung in 4 und 5 zu Unrecht geschehen sei. Der Minister sagte eine wohlwollende Nachprüfung der Angelegenheit zu.

Von einem sozialdemokratischen Redner wurde die Regierung wegen des kürzlich in Karlsruhe abgehaltenen Studentenkommerzes befragt; die jogen. „nationalen Studenten“ hätten eine Bismarckfeier unter Ausschluß der sozialdemokratischen und jüdischen Studenten abgehalten und dabei viermal, auch im offiziellen Teil, das Erbdarobied zum Absingen gebracht. Erwidernd fiel ins Gewicht, daß bei dem Kommerz auch die Preise für das vorausgegangene Sportfest der gesamten Studentenschaft verteilt wurden. Die Regierung war der Ansicht, daß es eigentlich keine Bismarckfeier sei, wenn im Mittelpunkt der Verehrung ein Mann stehe, den Bismarck wohl nicht als Nationalhelden, sondern eher als Abenteuerer aufgefaßt hätte.

Aus dem Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste, die von dem und sozialdem. Rednern damit in Verbindung gebrachte Gedankenreihe, als ob die Selbstverwaltung der Kirche den Staat von einer rechtlich feststehenden Unterstützungspflicht gegenüber den Kirchen befreie. Das Gesetz der Freiheit, so meinen wurde der Regierung empfohlen übermitteln. Das Zentrum war der Meinung, daß das Dotationsgesetz mindestens bis zu einem Zeitpunkt zu verlängern sei, bei dem eine klare Ueberzins über die steuerlichen Verhältnisse ermöglichte. Heute stimmen ja die Steuerlisten nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein. Die Regierung, um ihre Stellung zu fragen, antwortete, daß wegen einer Verlängerung des Dotationsgesetzes das Staatsministerium zu hören sei. Wegen des Oberstiftungsrats rügte das Ministerium in Verhandlungen mit Freiburg. Das Zentrum wünschte dann, daß auch für den Fall eines Lebensgangs die Stelle des Präsidenten besetzt werde. Ein demot. Redner erinnerte an die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu § 10 des Kirchengesetzes bei den Verfassungsberatungen; damals habe der Regierungsvertreter ausdrücklich eben wegen der Staatsbeiträge § 10 aufrecht erhalten wollen. Ein sozialdemokratischer sagte, er sei bereit, einer Verlängerung auf Wunsch der Kirche zuzustimmen, wenn diese die Kosten der Verwaltung voll übernehmen; man könne ja dabei einen Uebergangszustand schaffen, wonach der Staat in bestimmten Terminen seine Beiträge prozentual kürze. Der Zentrumsredner erwiderte, die Vermögensverwaltung sei nach seiner persönlichen Auffassung ein integrierender Bestandteil der Diözesanverwaltung; die rechtliche Grundlage der Dotation würde dadurch nicht berührt. In dem Titel: Aufwand und Gebäude wurde besonders abgefragt. Er wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen gegen 1. komm. Stimme bei Enthaltung aller anderen Stimmen angenommen. Der gesamte Kultusetat wurde mit 18 Stimmen gegen 1. komm. Stimme bei 5 Enthaltungen (soz.) angenommen.

Der einstimmig laut:

Der Haushaltsauschuß des 4. Juli. Unterrichtsministerium — Kultusbeauftragte.

Zunächst stand die Frage der Inspektoren für Schulgesundungs- und Reichen zur Beratung, die je nach Erziehung verschieden beurteilt wurde. Daß diese beiden Fächer auch in unserer Volksschule Heimatort haben müßten, ist selbstverständlich; nur muß darauf geachtet werden, daß solche Inspektionen das Lehrgewicht des gesamten Volksschulunterrichts nicht verschoben, daß je nach örtlichen Verhältnissen der Lehrer die nötige Freiheit gelassen wird, und daß eine harmonische Einbeziehung in der der Volksschule angepaßten Einfachheit und Zweckmäßigkeit die Arbeitsfreudigkeit des Klassenlehrers nicht zerstört, daß ferner die jeweilige Inspektion nicht von vornherein eine Repetition der Lehrarbeit, sondern eine tatsächliche Förderung bedeute. Die Inspektoren sollen wie bisher im Ministerium vollständig bleiben. — Das Zentrum behauptete nicht zweckentsprechenden äußeren Ausbau des Staatsministeriums, der einer Reorganisation bedürftig sei, und betonte den Grundcharakter des Staatsministeriums als einer Reorganisationsbehörde für die mittlere Technische Laufbahn. Ferner rügte das Zentrum, daß man zum Referenten dieser Reorganisation allen jungen, nicht planmäßigen Praktikanten ausgesucht habe.

Zum Kultusetat lag eine Eingabe der freireligiösen Gemeinde vor, die für den Fall einer Verlängerung des mit Ablauf des Kalenderjahres 1924 beendigten Dotationsgesetzes um budgetrechtliche Staatsbeiträge nachsucht. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Aufhebung des Oberstiftungsrats. Sie ist begründet auf der Verfassung, die den Kirchen die freie Verwaltung ihrer Verbänden zurechtgibt. Das Zentrum ersuchte die Regierung, eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung des Oberstiftungsrats zu geben; es bekennt aber aufs nachdrücklichste,

